

“Der Charme des Zertifikatehandels”: Wirtschaftspolitische Positionen deutscher Ökonom*innen in Krisenzeiten

Rouven Reinke^a, Laura Porak^b

^a Fachbereich Sozialökonomie, Universität Hamburg, Deutschland

^b Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft, Johannes Kepler Universität Linz, Österreich

Wirtschaftswissenschaftler*innen sind in der heutigen Gesellschaft zu sehr einflussreichen Intellektuellen geworden. Die von der Disziplin produzierten wissenschaftlichen Erkenntnisse sowie der akademische Status der Wirtschaftswissenschaften (besonders innerhalb der Sozialwissenschaften) können als entscheidende Machtressource in öffentlichen Debatten (etwa Medien, etc.) und in der Politikberatung betrachtet werden. Dies spiegelt sich in den institutionellen Machtpositionen, die Ökonom*innen haben, wider. Zudem gibt es eine große Zahl an (öffentlich und privat-finanzierten) wirtschaftlichen Forschungsinstituten und nicht selten sind Ökonom*innen die Leiter*innen von Forschungsinstituten (etwa dem IHS in Wien) oder aber in wichtigen politischen Beratungsfunktionen; in Deutschland etwa im Sachverständigenrat für die wirtschaftliche Entwicklung. Zudem bekleiden Ökonom*innen nicht selten wirtschaftspolitische Funktionen in der öffentlichen Verwaltung. So sind etwa in der Europäischen Kommission vordergründig Ökonom*innen und Jurist*innen beschäftigt. Darüber hinaus kommt Ökonom*innen im öffentlichen und medialen Diskurs eine wichtige Funktion zu: Sie prägen mit ihren Aussagen über wirtschaftliche Zusammenhänge mediale Berichterstattung und somit die öffentliche Meinung. Ferner dienen ihre Aussagen der Legitimation bzw. Kritik von politischen Entscheidungen – oft nicht nur im wirtschaftspolitischen Bereich. Wir argumentieren daher, dass es die nähere Betrachtung der Ideen dieser *öffentlichen* Ökonom*innen ermöglicht, ein besseres Verständnis über die gesellschaftlich und besonders in der Wirtschaftspolitik vorherrschenden Ideen zu erlangen.

Zugleich ist jedoch die gegenwärtige Verfassung der Wirtschaftswissenschaften im Hinblick auf die ontologischen und epistemologischen Grundlagen der Disziplin sowie dessen wirtschaftspolitischen Implikationen besonders seit der Wirtschafts- und Finanzkrise (2008) öffentlich verstärkt kritisiert worden. Statt der Dominanz der Neoklassik in der Disziplin sowie des Neoliberalismus in der wirtschaftspolitischen Beratung wurde eine „plurale“ Ökonomik gefordert. Gleichwohl zeigte sich in den darauffolgenden Jahren auf institutioneller Ebene sowie im wirtschaftspolitischen Diskurs wenig Veränderung. Doch insbesondere seit der Covid-19-Pandemie scheint es, als hätten sich die wirtschaftspolitischen Positionen verschoben. Anstatt reinen Marktliberalismus zu befürworten, wird dem Staat eine wichtige

Position zugeschrieben und Marktversagen intensiv als politische Herausforderung diskutiert. Vor dem Hintergrund dieser Veränderungen analysiert der vorliegende Beitrag die Vorstellungen und Positionen, die wichtige deutsche öffentliche Ökonom*innen seit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie über "die Wirtschaft" und Wirtschaftspolitik vertreten. Wir schließen damit einerseits an Forschung zur Rolle von öffentlichen Ökonom*innen und ihrer politisch-ideologischen bzw. paradigmatischen Ausrichtung an sowie andererseits an Debatten zum ökonomischen Mainstream bzw. zum Pluralismus in der Ökonomik.

Zur empirischen Umsetzung stützt sich der Beitrag auf den Ansatz der Kritischen Diskursanalyse (KDA). Konkret werden aktuelle Interviews des YouTube-Kanals "Jung & Naiv" mit führenden Wirtschaftswissenschaftler*innen in Deutschland analysiert. Diese Interviews wurden ausgewählt, da die Interviewten darin erstens, detailreich befragt werden und ausreichend Raum bekommen ihre Aussagen zu begründen. Zweitens stellt der Journalist des Kanals, Tilo Jung, provokante Fragen, die die Ökonom*innen zu einer Positionierung gegenüber (mitunter) umstrittenen Sachverhalten drängen. Insgesamt wurden Interviews mit acht Ökonom*innen analysiert: Isabell Schnabel, Achim Truger (zweimal), Marcel Fratzscher, Monika Schnitzer, Lars Feld, Veronika Grimm, Isabella Weber und Clemens Fuest. Jedes dieser Interviews hat eine Dauer von 2-4 Stunden.

Ziel der Studie ist es, die gegenwärtigen Vorstellungen über die Wirtschaft und Wirtschaftspolitik herauszuarbeiten, die von öffentlichen Vertreter*innen der Wirtschaftswissenschaften artikuliert werden. Erstens stellen wir auf der ontologischen und theoretischen Ebene ein eher monistisches Verständnis dessen, was "die Wirtschaft" ist, fest: Die Wirtschaft sind vordergründig Märkte. Folglich beobachten wir eine starke Verteidigung des Fundaments der Mainstream-Ökonomik, da wiederholt und in nahezu allen Interviews die Überlegenheit der kapitalistischen Marktwirtschaft und des Preismechanismus betont wird. Darüber hinaus wird das Gebot des Wachstums von den öffentlichen Ökonom*innen kaum in Frage gestellt. Zweitens ist demgegenüber in der Wirtschaftspolitik eine Verschiebung vom Primat des freien Marktes hin zu einem moderaten Keynesianismus mit liberalen Marktgestaltungsinstrumenten zu beobachten. Dies zeigt sich an einer größeren Bereitschaft über Marktversagen sowie unterschiedliche wirtschaftspolitische Ansätze bzw. Strategien (besonders im Kontext der Klimakrise) nachzudenken. Vor diesem Hintergrund kommen wir zum Schluss, dass sich zwar wirtschaftspolitische Vorstellungen verschieben, jedoch nicht von einem paradigmatischen Wandel im Kuhn'schen Sinne gesprochen werden kann.